

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. RM. 15.—, vierteljährl. RM. 45.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 48.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 75 Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtsparthei Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. : Reklamezeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 136

Februar 1920

Wildbad, Mittwoch, den 14. Juni 1922

Februar 1920

57. Jahrgang

Tagespiegel

Die Reichsregierung beriet am Montag und Dienstag über die durch den Abbruch der Anleiheverhandlungen geschaffene Lage. Staatssekretär Bergmann, der aus Paris eingetroffen war, erstattete Bericht. Man ist der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen die Einstellung der Papiergeldausgabe unmöglich sei.

Die Garantiekommision des Verbands zur Ueberwachung der Reichsfinanzen wird Ende dieser Woche in Berlin ein treffen.

Die Ausbezahlung der beiden nächsten Tributzahlungen von je 50 Millionen Goldmark am 15. Juni und 15. Juli ist nach Blättermeldungen gesichert. Die erste Zahlung ist bereits nach Paris gesandt.

Die britische Abordnung für die Haager Konferenz ist am 13. Juni nach Holland abgereist. Sie umfaßt etwa 40 Mitglieder einschließlich der Vertreter Australiens, Kanadas, Neuseelands, Südafrikas und Indiens.

Reuter meldet: Die Nachricht von der Verhaftung von fünf Nationalisten in Pretoria wegen Hochverrats bestätigte sich nicht.

Zusammenbruch

Aus Wien wird uns geschrieben:

In Zürich hat die österreichische Krone einen nie geahnten Tiefstand erreicht und in Wien hat die langsame Aufwärtsentwicklung des Preises der auswärtigen Zahlungsmittel in den letzten zwei Tagen ein rasendes Tempo eingenommen. Die Aufbautätigkeit und Angleichungsarbeit von Monaten ist in wenigen Stunden wieder zerstört worden und die Hoffnungslosigkeit des Zustands hat sich wieder bedeutend erhöht. Denn wir stehen ja aller Voraussicht nach nicht am Abschluß des gegenwärtigen Reigungsabschnitts, wir müssen vielmehr erwarten, daß vielleicht die nächsten Tage schon einen weiteren Rückgang des Züricher Kronenkurses mit sich bringen, die dann naturgemäß die Anreizung für die Wiener Börse herbeiführt, die Valutenpreise hinaufzusetzen.

Ueber die Ursachen dieses Zerfalls unserer Währung ist schon genügend abgehandelt worden. Bald ist es die Spekulation, die die Preise hinaufstreibt, bald steht der Einkauf der deutschen Regierung auf Entschädigungskonto im Vordergrund und dann wiederum ist es der tägliche Bedarf unserer Industrie, der die Nachfrage nach Valuten erhöht.

Alle diese Erscheinungen sind aber nur Ausflüsse der einen Tatsache, daß die Friedensverträge einen Zustand in Mitteleuropa geschaffen haben, der diese Länder aus der Weltwirtschaft ausschließt, ihnen beinahe jegliche wirkliche Erwerbsmöglichkeit raubt und sie außerdem mit Entschädigungskonten und Pfandrechtsunfug beschwert. Außerdem lassen die territorialen Bestimmungen der Verträge in Verbindung mit der Beraubung des Rechts der freien Selbstbestimmung eine Festigung der Verhältnisse in Mitteleuropa und besonders in Oesterreich nicht zu. Aus diesen Ursachen heraus entwickeln sich alle Erscheinungen, die sowohl die krankhaften Auswüchse an der Börse erzeugen, als auch alle jene innerpolitischen Vorgänge, die mit mehr oder weniger Beschwernis den Tag füllen und die alle gemeinlich als österreichisches Problem zusammengefaßt werden.

Wenn sich angesichts dieser trostlosen Verhältnisse die Frage aufdrängt: „Wie lange kann dies noch gehen?“, so ist der Vergleich mit Sowjetrußland gleich bei der Hand, wo die Valuta noch mehr zerrütet ist und die Menschen doch noch leben — soweit sie nicht verhungert sind. Dabei wird aber ganz außer Acht gelassen, daß wir im Vergleich zu Sowjetrußland ein beinahe industrieller Staat sind. Sowjetrußland besitzt Bodenschätze, die sich zu einem überwiegenden Teil in der Hand der Regierung befinden, während die Bodenschätze bei uns zum größeren Teil Privatigentum sind und daher nicht als Pfänder für die Beschaffung auswärtiger Anleihen in Betracht gezogen werden können. Sowjetrußland ist überhaupt kaum auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen wie wir, war Rußland doch zu Zeiten normaler Produktion Getreideausfuhrland, während wir auch bei dem günstigsten Stand unserer landwirtschaftlichen Produktion zur Einfuhr von Brotgetreide und auch von Fleisch gezwungen sind. Aus diesen wesentlichen Ursachen heraus ergibt sich, ganz abgesehen von anderen Gründen, die Tatsache, daß wir eine so weitgehende Geldentwertung wie Sowjetrußland nicht ertragen können, ohne dabei physisch und moralisch zusammen zu brechen.

Angesichts dieser Tatsachen und der Schnelligkeit, mit der sich der Währungszerfall vollzieht, erscheint der Zeitabschnitt, der uns zur Wiederherstellung der Verhältnisse in Oesterreich bleibt, äußerst kurz. Wir brauchen Kredite. Diese hat uns das Ausland versprochen, und auch ab und zu, allerdings in nicht ausreichendem Maße, gegeben. Diese Zuwendungen können heute schon in den Rauch geschrieben werden und auch die nächsten müssen naturnotwendig dem gleichen Schicksal verfallen, wenn sie nicht in ausreichendem Maße gegeben werden und zugleich die staatsrechtliche Grundlage für ein lebensfähiges Oesterreich geschaffen wird. Dies aber verhindert der Friedensvertrag von St. Germain, der Oesterreich die Angliederung an ein großes, normaler Weise überschüssiges Wirtschaftsgebiet verbietet. Wir sind aller jener Notwendigkeiten beraubt, die wir für eine überschüssige Wirtschaftsführung brauchen. An ein großes Wirtschaftsgebiet angegliedert, finden wir den nötigen Zufluß, den Ausgleich zwischen Verbrauch und Produktion und damit die Festigung unserer Wirtschaft viel leichter, als wenn wir auch fernerhin nur auf uns selbst gestellt dies für uns auf der Grundlage des Vertrags von St. Germain unlösbares Problem entwirren sollen.

Man gebe uns mit den Krediten die Abänderung des Vertrags von St. Germain und den Anschluß an Deutschland, womit nicht nur wir die Möglichkeit gewinnen weiter leben zu können, sondern für die Kreditgeber ganz andere Sicherheiten für die Anleihen erwachsen, als sie Oesterreich allein imstande ist, zu geben.

Wien, 13. Juni. Dr. Bauer machte im Arbeiterrat den Vorschlag eines Währungsbunds zwischen Deutschland und Oesterreich, falls dieses von den andern Staaten keine Notanleihe erhalten sollte. Das deutsche Privatkapital soll Oesterreich einen Bankkredit von 8 Milliarden Papiermark einräumen und dafür das Recht der Notenausgaben in Oesterreich erhalten. Diese neue Notenbank müßte die österreichischen Kronen in ein festes Verhältnis zur deutschen Mark setzen. Zur Deckung des staatlichen Fehlbetrags Oesterreichs (220 Milliarden Kronen) wäre ein weiterer einmaliger Kredit von 8 Milliarden Papiermark erforderlich.

Bundeskanzler Seipel hat die Parteiführer des Nationalrats, der übertriebenen Beunruhigung der Bevölkerung, die sich besonders in Angstkäufen äußert, entgegenzuwirken. Die Tenierung werde dadurch nur gesteigert und die allgemeine wirtschaftliche Lage erschwert.

Die polnische Krise

Das Geheimnis Pilsudski

Unser Berliner Mitarbeiter erhält aus Warschau folgenden interessanten Bericht über den eigentlichen Hintergrund des neuen Ministerwechsels und die gegenwärtige Krise in Polen.

Im Hinter das von der polnischen Regierung ängstlich gehütete Geheimnis der neuen Kabinettskrise zu kommen, muß man das Kampffeld scharf ins Auge fassen: Auf der einen Seite steht der Staatschef Pilsudski, beraten und unterstützt von dem früheren Ministerpräsidenten Witos. Ihre Heerbanner sind das Zentrum und die Linksparteien. Auf der Gegenseite rücken die Nationaldemokraten an unter Führung Adam Dmowski. Dazwischen das Kabinett Bonikowski. Alles leidet schon unter Wahlieber. Man hat auch Pan Korantny als kommenden Mann in der Regierung bezeichnet. Aber dieser ist ja Vorkämpfer des Aufsichtsrats der französisch-polnischen Gesellschaft in Oberschlesien geworden und erhält 20 000 französische Franken Monatsgehalt. Er hat es nicht mehr nötig, in Politik zu machen.

Den ersten Zug im neuen Spiel tat nun Pilsudski, der Staatschef. Er möchte um jeden Preis die polnische Außenpolitik in die Hand bekommen. Er braucht für die Neuwahlen ein Kabinett, das mehr auf seiner Seite steht. Pilsudski übte deshalb an der Politik und Verwaltung Bonikowski solange heimliche und offene Kritik, bis dieser seinen Rücktritt anbot. Nun macht die Opposition den Gegenzug. Sie legt es durch, daß Pilsudski vor den Ältestenausschuß des Sejm (Reichstag) geladen wird. Die Abgeordneten nehmen ihn in ein Kreuzverhör und man erkennt deutlich, daß die Absicht besteht, den Widerstreit zu verschärfen und Pilsudski zu stürzen. Man fragte ihn, ob der Streit mit Bonikowski dadurch entstanden sei, daß er, der Staatschef, die Erhöhung der Militärausgaben und die Verstärkung der Macht der militärischen Stellen verurteilte. Pilsudski verneint, aber doch nur mit halbem Ton. Und hier steht eben das Geheimnis.

Pilsudski sieht ein, daß es mit dem französischen Kurs nicht mehr lange weiter gehen kann, daß dieses Treiben in den Abgrund führt. Er kämpft mit anderen Worten: gegen den Einfluß Poincarés. Als Briand

noch in Frankreich am Ruder war, hatte Pilsudski an diesem jedesmal einen Bundesgenossen. Jedesmal, wenn die Nationaldemokraten zum entscheidenden Schlag gegen Pilsudski ausstiegen, fiel ihnen Briand in den Arm. Das ist unter Poincaré anders geworden. Der nationalistiche Block Frankreichs hält es mit den polnischen Nationaldemokraten und möchte ihnen die Wege zur Erlangung der politischen Macht ebnen. Pilsudski sieht diese „Gefahr“ deutlich voraus. Er weiß, daß die Nationaldemokraten an seine Stelle am liebsten den bekannten General Haller oder den Sejmarschall v. Trompczynski setzen möchten. Die außerhalb des Parlaments stehende Regierung Bonikowski soll einem Kabinett der starken Hand Platz machen. Die erste Amtshandlung des neuen Kabinetts wäre die Ausschreibung der Wahlen, wobei man erwartet, daß es dem ganzen polnischen Staatsleben für die Zukunft einen entschieden nach Frankreich gerichteten Kurs geben werde. Der Kampf der Nationaldemokraten und der Nationalen Arbeiterpartei gilt der Pilsudski'schen Föderationspolitik, die sich mit den Randstaaten in Güte verständigen will. Pilsudski wünscht die Selbstverwaltung für Ostgalizien, Weißrußland und Litauen. Seine Gegner aber wünschen die schärfere Betonung des großpolnischen Gedankens, die sich äußern soll in einer schärferen Stellungnahme gegenüber Deutschland — Oberschlesien, Ostpreußen, Danzig und Memel — und den Randstaaten, besonders Litauen. Alle diese Gebiete schließlich dem großpolnischen Staat einzuverleiben, ist ja der alte Traum der Nationaldemokratie. Das Programm Dmowski sucht, gestützt auf das frühere Verhältnis Frankreichs zu Rußland, einen Ausgleich der Interessen Polens mit dem wieder erwachenden Rußland, nicht aber (Frankreichs wegen) mit Deutschland. Es möchte den Bestand des polnischen Staats allenfalls unter Verzicht auf die englische Freundschaft durch ein französisch-polnisch-russisches Zusammengehen, ergänzt durch Bündnisse mit Tschechen und Rumänen, sichern und so die vom Rapallovertrag eingeleitete deutsch-russische Verständigung stören. Pilsudski erkennt in dieser von Poincaré begünstigten Politik eine Gefahr für die friedliche Entwicklung und legt nun durch die von ihm hervorgerufenen Krise alles auf eine Karte. Es ist aber die Frage, ob er das Spiel gewinnen wird.

Der Prozeß Killinger.

Offenburg, 12. Juni.

Die Nachmittagsitzung begann mit der Vernehmung mehrerer Zeugen, die sich in ihren Aussagen widersprachen. Diesem Teil des Verfahrens liegt folgender Tatbestand zu Grunde. Nach dem Mord an Erzberger hielt sich Tilleßen in Ulm auf, dort traf er einen früheren Bekannten, der ihn von der Marine her kannte, einen Kaufmann Friedlein. Sie trafen sich in einem Kaffee. Friedlein erkundigte sich nach dem Grund der Reise Tilleßens nach Ulm. Man kam in eine Unterhaltung, wobei auch über den Erzbergermord gesprochen wurde. Tilleßen hat versucht, dem Friedlein die Gründe der Tat beizubringen, um die Tat selbst zu entschuldigen. Friedlein sagte, über die Täter selbst sei nicht gesprochen worden. Sie verabredeten, sich am nächsten Tage im „Goldenen Engel“ zu treffen. Friedlein kam rechtzeitig und erkundigte sich beim Hotelier nach Tilleßen. Man stellte die Anwesenheit eines Herrn mit diesem Namen in Abrede. Trotzdem trafen sie sich eine Stunde später doch noch. Tilleßen befand sich in der Gesellschaft verschiedener Herren vom Freikorps Oberland, die nach Ulm gekommen sind, um Altmaterial zu kaufen. Schulz war Friedlein bekannt; sie hatten sich im Jahre 1921 wiederholt in München getroffen. Mit diesen Herren wurde auch über den Erzbergermord gesprochen. Einer von ihnen, Leutnant Heim, sagte, der Reichskanzler Wirth komme auch noch daran. Friedlein weiß nicht, ob dieser Leutnant der Organisation angehört. Er sei Bankbeamter in München. Die Vernehmung weiß in diesem Zusammenhang darauf hin, daß „Oberland“ mit der Organisation „C“ in gespanntem Verhältnis zu einander gestanden hätte.

Im Gegensatz zum Zeugen Friedlein sagte vor ihm Zeuge Böhlinger unter Eid, daß im Dezember v. J. in Stuttgart ihm Friedlein begegnet sei, mit dem er dann ein Stück Weges gegangen sei. Dabei erzählte ihm Friedlein, daß er nach dem Mord seinen Freund Tilleßen in Ulm getroffen habe. Tilleßen habe dabei Friedlein gefragt: Was sagst du wohl, wenn ich dir sage, ich bin der Mörder? Friedlein habe das Gespräch weiter geführt, in dem sich Tilleßen als Täter bekannt hat. Tilleßen hat ihm auch nach der Silberung des Zeugen Böhlinger seine Briefstasche mit viel Geld gezeigt, dabei soll sogar das Wort gefallen sein, daß Tilleßen dem Friedlein noch Geld borgen könne.



